

20. APR



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/90 - 20. April 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:Zeilen:

1	<u>Seoul...</u> Schlechte Saat trägt schlechte Früchte	38
2	<u>Tiefstand der Beziehungen Belgrad - Bonn</u> Von unserem Korrespondenten in Jugoslawien, Harry Schleicher	44
3 - 4	<u>Schröder und die innere Sicherheit</u> Innenminister will keine Verstärkung der Bereitschaftspolizei	73
5	<u>Die entwicklungsfähigen Länder Europas</u> Eine aufschlußreiche Studie der Vereinten Nationen Von Bruno Kuster, Genf	47
6	<u>200 000 Arbeiter und ein Staudamm</u> Gewaltige Meliorationsarbeiten in China	43
7	<u>500 A-Bomben genügen...</u> Faulings Hinweis auf den Irrsinn des Wettrüstens	29

\* \* \*  
\* \* \*

Seoul...

Schlechte Saat trägt schlechte Früchte

sp - Noch vor kurzem galt Südkorea als das "Bollwerk gegen den Kommunismus im Fernen Osten". Der große Staatschef Syngman Rhee war "die überzeugende Personifizierung des Freiheitskampfes gegen die kommunistische Unterdrückung". Wer nicht nach Syngman Rhees Pfeife ranzte, seine obskuren Vorstellungen von einer Demokratie nicht anerkannte, wurde als Kommunist verächtigt und galt - einer erstaunlich gutfunktionierenden Sprachregelung zufolge - als "Vorbereiter des Untergangs eines freiheitlichen Korea".

Jetzt ist in Südkorea der Bürgerkrieg ausgebrochen. Tote und Verwundete bedecken das Schlachtfeld einer Auseinandersetzung, die jahrelang mit Brutalität und Raffinesse unterdrückt wurde.

Es geht in Südkorea nicht nur um die gefälschten Präsidentschaftswahlen. Was dort geschieht, ist der vorzweifelte Ausbruch des Unwillens über die Unfähigkeit eines alten Mannes und seiner politischen Berater, aus Südkorea einen wirklich demokratischen Staat, ein Vorbild für ganz Korea, zu machen. Jahrelang hat Syngman Rhee junge befähigte Politiker, einwandfreie Demokraten, Gewerkschafter und die junge Intelligenz von der Mitverantwortung für den Staat ferngehalten. Es ist kein Zufall, daß der Aufstand gegen ihn an den Universitäten des Landes ausbrach! Jahrelang hat sich Syngman Rhee unter dem Vorzeichen antikommunistischer Haltung auf die Polizei und die Armee gestützt. Für die Bewaffnung beider Machtapparaturen hatten nach dem Koreakrieg die Amerikaner gesorgt.

Jetzt hat man auch in Washington begriffen, daß Syngman Rhee kein Demokrat und Südkorea kein demokratischer Staat ist. Außenminister Herter ließ die Weltöffentlichkeit wissen, daß die Vereinigten Staaten nicht um eines einzelnen und einsamen Mannes wegen die Wahrheit über Südkorea verschweigen wollen. Diese schnelle Reaktion Washingtons zeigt, daß man Fehler der Vergangenheit wiedergutmachen will, und wenn Präsident Eisenhower in diesem Sommer nach Seoul kommt, wird er mit den Vertretern der Opposition sprechen.

Die Kommunisten in Nordkorea und China jublieren. Die moralische Verurteilung von Syngman Rhee durch Washington ist für sie in Ostasien mehr wert, als zehn nordkoreanische Divisionen und hundert Raketen-Abschüsse.

Die Vorgänge in Südkorea zeigen, daß primitiver Antikommunismus allein nicht ausreicht, um die notwendige Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus erfolgreich führen zu können. Die Freiheit und die Demokratie müssen unbefleckt sein, wenn sie siegen sollen.

Tiefenard der Beziehungen Belgrad - Bonn

Von unserem Korrespondenten in Jugoslawien, Harry Schleichner

Es hat kaum eine Phase der deutschen Außenpolitik gegeben, die in Jugoslawien so heftig diskutiert wird wie die gegenwärtige. Selbst in der zum Teil objektiven Berichterstattung der jugoslawischen Presse über die Bundesrepublik wird die Figur Bundeskanzlers Adenauer zu einem Symbol eines jeder Entspannungspolitik abgeneigten starreinnigen alten Mannes.

In diesen Tagen jedoch findet die jugoslawische Verstimmung gegenüber der Bundesrepublik eine spezifische Ursache. Nicht genug, daß Emigrantenkreise in München den Jahrestag der Gründung des faschistischen "Unabhängigen Kroatiens" begingen, fand es CDU-Bundestagsmitglied Hans Schütz trotz gegenteiliger Ratschläge notwendig, bei diesem makabren Erinnerungstag durch seine Anwesenheit aufzufallen. Daß dies nicht nur in offiziellen Kreisen Belgrads nicht gesiel, sollte kaum überraschen.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Bundestagsdebatte über die spanischen Gesenpläne des Verteidigungsministers aufgegriffen. Aber diesmal richtete sich die Verstimmung nicht nur gegen die CDU, sondern auch die SPD, die den von der CDU gezogenen Vergleich zwischen der "spanischen Diktatur Franco und der riter in Jugoslawien" nicht entgegnet haben sei. Denn hier mißt man den Begriff Diktatur nicht am Kriterium des Mehrparteiensystems, sondern gibt ihm einen ideologischen Inhalt, der eine Identifizierung von Faschismus und Kommunismus nicht gestattet will.

Sicherlich kommt einem in diesem Zusammenhang am häufigsten vorgebrachten Motiv nicht unerhebliche Bedeutung zu: Jugoslawien habe mit vielen Hunderttausenden von Menschenopfern gegen die Unfreiheit des Faschismus gekämpft, der Europa als Ursprung mit Krieg und Vernichtung überzogen hat.

Die in letzter Zeit in der Bundesrepublik recht oft von gewissen CDU-Kreisen benutzte These, man werde sich mit jedem zusammenschließen, der gegen die Unfreiheit ist - daß man damit nur die Unfreiheit im Osten meine, verschweigt man geflissentlich -, wird in Jugoslawien immer stärker kritisiert. In Belgrad ist von der Meinung, daß die Annäherung, die den Freiheitbegriff so wahllos gebrauchten, nicht demonstrieren jene undemokratischen Kräfte und deren Bundesgenossen unterstützen sollten, die einst als erste ausgesprochen sind, um mit Feuer und Schwert selbst die kläglichsten Reste der Freiheit in den Staaten Osteuropas der Zwischenkriegszeit auszurotten. So lange Herr Schütz oder andere den faschistischen Puppenstaat von Hitlers Gorden, Kroatiens, Fciern, das im Bunde mit dem deutsch-italienischen Faschismus - der spanische faschismus damals noch nicht daran, sich als "Verteidiger der Freiheit" aufzuspielen - zur Schutzhoffen des Kommunismus auf dem Balkan geworden ist, untergraben sie die Kritik auch der Kräfte, die mit mehr moralisch-politischer Berechtigung den Kommunismus entgegenzutreten können. In zahlreichen Stellungnahmen kam diese Auffassung in letzter Zeit in Belgrad eindeutig zum Ausdruck.

Schröder und die innere Sicherheit

sp - Die große Zahl von Einzelanträgen, die während der zweiten Lesung des Bundeshaushalts debattiert werden mußten, hat einen Änderungsantrag der Sozialdemokraten in der großen Flut mit hinuntergespült, obwohl er politisch von außerordentlicher Bedeutung war. Es ging um den Antrag, aus den Mitteln des Bundesgrenzschutzes 25 Millionen DM für die Vergrößerung der Bereitschaftspolizei in den Ländern zu bewilligen. Er verfiel der Ablehnung durch die CDU/CSU-Mehrheit, nachdem sich Bundesinnenminister Schröder gegen den Antrag ausgesprochen hatte.

Bekanntlich rechtfertigt der Innenminister seine Etatstandspläne mit dem Argument, die innere Sicherheit der Bundesrepublik sei wohl in "Schönwetter"-Zeiten gewährleistet, für einen möglichen Fall größerer Unruhen aber reiche das Handwerkzeug der staatlichen Sicherheitsorgane nicht aus. Darum seine Absicht, nach dem Vorbild des Artikels 48 einen neuen Diktaturparagrafen 115 a zu schaffen und sich die Bundeswehr als Polizeiverstärkung zu sichern.

Schutz vor Staatsfeinden erzielt man vor allem durch eine gut ausgebildete und zahlenmäßig ausreichende Polizei, bloße Paragraphen dagegen helfen sehr vielweniger. Von sich aus hat die Opposition daher als Antwort auf Schröders Kessandrarufe eine Verstärkung der Bereitschaftspolizei von 12 000 auf 20 000 Beamte, also nahezu auf das Doppelte, angeboten. Sie hält die Beamten der Landespolizeien und mobilen Polizeireitschaften für das geeignete Staatsorgan in einem Fall innerer Unruhen das zumal im Ernstfall nach Artikel 91 des Grundgesetzes geschlossen der Kommando des Bundesinnenministers untersteht.

Dieses Angebot der Opposition haben Bundesregierung und Parlamentsmehrheit so gut wie nicht gewürdigt. Nur aus der Geschichte parlamentarisch regierter Staaten weiß, welche erstrangige politische Bedeutung der Verstärkung von Polizeiformationen zukommt, muß in dem Vorschlag der Opposition auf Verdoppelung der Polizeistärke ein politisches Angebot von außerordentlicher Tragweite erkennen. Es widerlegt schlagend das ständige unwahre Gerücht, die parlamentarische Mehrheit wolle den Staat und seine demokratische Ordnung nicht ausreichend schützen.

Dem Bundesinnenminister untersteht als einzige Schutztruppe der Bundesgrenzschutz. Seine Stärke ist auf 20 000 Beamte festgesetzt, die er aber noch niemals erreicht hat. 1956 trat ein großer Teil seiner

Angehörigen zur Bundeswehr über und seitdem bewegt sich die Stärke bei etwa zwei Dritteln des Solis. Seit über drei Jahren bemüht sich das Bundesinnenministerium mit einem großen Aufwand an Werbung, den Bundesgrenzschutz auf 20 000 Mann zu bringen. Aber verglichen, denn die auf sieben Jahren geltende Verpflichtung zum Dienst in dieser Behörde des Bundes gibt keinem jungen Menschen gesicherte Berufsaussichten, weil die Übernahme in das Stammpersonal nur für einen Bruchteil in Frage kommt.

Somit geht jetzt, nach der Aufstellung der Bundeswehr, der am Militär interessierte zum Heer und der für den Polizeiberuf Geeignete zur Bereitschaftspolizei, die ihn nach vier Jahren in den Linseldienst mit lebenslänglicher Beamtenstellung entläßt. Diesen Alternativen gegenüber hat der Bundesgrenzschutz nichts Vergleichbares zu bieten; daraus erklärt sich der Mißerfolg bei der Nachwuchswerbung. Dennoch veranschlagt die Bundesregierung den Finanzbedarf des Bundesgrenzschutzes Jahr für Jahr auf der Grundlage von 20 000 Beamten. Im neuen Haushaltsjahr beträgt der Ansatz 279 Millionen Mark, denen noch Reste von 150 Millionen gegenüberstehen. 1957, dem Jahr der letzten abgeschlossenen Haushaltsrechnung, standen 117 Millionen DM Ausgaben einem Betrag von 94 Millionen Resten gegenüber. Die Relation für die folgenden Jahre dürfte ähnlich sein.

Es zeigt sich also, daß der Bund seine Sicherheitsaufgaben trotz vorhandener Mittel nicht erfüllen kann, während andererseits die Länder infolge ihrer knappen Finanzdecke die Polizei nicht vergrößern können. Der Vorschlag der SPD geht, hieraus Konsequenzen ziehend, auf eine Beteiligung des Bundes an den laufenden Kosten der Bereitschaftspolizei in Höhe von zunächst 25 Millionen DM aus den Grenzschutz-Überschüssen aus. Keineswegs bedeutet dieser Weg ein Mißtrauen gegenüber dem Bund und eine Bevorezug der Länder, denn nach dem Bund-Länder-Bereitschaftspolizeiabkommen von 1950 übt der Bundesinnenminister durch seinen Bereitschaftspolizei-Inspekteur eine ständige Kontrolle über diese Polizeieinheiten aus.

Dieser Weg, den Schröder wegen angeblicher rechtlicher Bedenken abgelehnt hat, findet sein Vorbild in der Weimarer Republik, in der das Reich selber ebenfalls keine Polizei besaß, sondern sie von den Ländern unterhalten ließ. Dennoch trug das Reich einen größten Ausgabenteil in Form von Polizeikostensubventionen, die zum Beispiel 1929 die - damals wie heute beachtliche - Höhe von 195 Millionen DM erreichten.

Bundesinnenminister Schröder ist auf das Angebot der SPD nicht eingegangen. Das rückt seine Besorgnis um die innere Sicherheit in ein bezeichnendes Licht.

## Die entwicklungsfähigen Länder Europas

Von Bruno Kuster, Genf

Wenn heute von "entwicklungsfähigen Ländern" gesprochen wird, denkt man unwillkürlich an Afrika, Asien und Südamerika. Die Europäische Wirtschaftskommission der UNO erinnert jedoch in einer soeben veröffentlichten Studie daran, daß auch Europa seine entwicklungsfähigen Länder hat. Es handelt sich um die fünf Mittelmeerstaaten Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Spanien, Portugal und dazu Irland; auch Süditalien wurde in die Betrachtungen einbezogen. Es würde sich sicher auch einmal lohnen, die relativ entwicklungsfähigen Gebiete innerhalb der Grenzen der an der Spitze des technischen Fortschrittes marschierenden Industriestaaten unter die Lupe zu nehmen und nach Wegen zu einer geographisch ausgeglicheneren Wirtschaftsexpansion zu suchen.

Die entwicklungsfähigen Länder Europas haben zwar in den letzten Jahrzehnten beträchtliche Fortschritte zu verzeichnen gehabt. So hat die Bruttoerzeugung dieser Staatengruppe in den Jahren 1950 bis 1957 pro Kopf um fast fünf Prozent jährlich zugenommen. Die Industrienerzeugung stieg dabei viel schneller als die der Landwirtschaft: um neun Prozent jährlich gegenüber nur drei Prozent der Landwirtschaft. Aber während in den wichtigsten westeuropäischen Industrieländern das Einkommen pro Einwohner seit Kriegsausbruch bis 1959 um 45 Prozent gestiegen ist, beträgt die Zunahme in den Mittelmeerländern nur 29 Prozent, so daß, mit Ausnahme von Jugoslawien, die Kluft zwischen den Einkommen in den beiden Ländergruppen nicht kleiner, sondern immer breiter wird.

Die ungenügende Entfaltung der Landwirtschaft, in der immer noch ein sehr großer Teil der Bevölkerung beschäftigt ist, ist nicht nur auf den Mangel an Kapital zurückzuführen. Die Studie vertritt die Überzeugung, daß zahlreiche Verbesserungen in der Bestellung des Bodens auch ohne große Investitionen und ohne komplizierte Werkzeuge möglich sind. Die ständige Vermittlung moderner Kenntnisse, Umstellungen in der Produktion und eine bessere Organisation des Absatzes könnten zu wesentlichen Verbesserungen führen. Insbesondere wird eine zielbewusstere Förderung der Viehzucht und gleichzeitig des Futteranbaues für notwendig erachtet.

Obwohl die industrielle Produktion aller Länder der Gruppe schon 1950 den Vorkriegsstand überschritten hat, erreicht sie pro Einwohner nur ein Viertel derjenigen der europäischen Industrieländer. Unter der Voraussetzung, daß eine jährliche Zuwachsrate von sieben Prozent durchgehalten werden kann, könnte im Zeitraum von zwanzig Jahren die gegenwärtige Pro-Kopf-Produktion der fortgeschrittenen Länder erreicht werden. Also sogar bei diesem wohl kaum zu erreichende Tempo könnte der Abstand zwischen den armen und reichen Mitgliedern der europäischen "Familie" nicht überwunden werden, denn in den heutigen Industriestaaten bleibt die Entwicklung ja auch nicht stehen.

Wenn Europa seinen Platz in der Welt behaupten will, werden die reichen Verwandten gut daran tun, sich einmal ernsthaft um die ärmeren Vettern zu kümmern. Europa wird erst dann zu einer wirklichen Einheit werden können, sind Lebenshaltung und Leistungskraft in allen Staaten im wesentlichen gleichwertig geworden.

200 000 Arbeiter und ein Staudamm

W.R. - Das ist symbolisch für das heutige kommunistische China: Masseneinsätze von Arbeitskräften, die mit einfachen, oft primitivsten mechanischen Mitteln große Bauwerke ausführen. So errichteten 200 000 Bauern in knapp einem Jahr im Gebiet von Peking einen großen Staudamm. 40 Millionen<sup>3</sup> to Boden usw. waren zu bewegen, um einen Stausee von 4,1 Mrd. m<sup>3</sup> Wasserinhalt aufzustauen. 180 Volkskommunen der Provinz Hope mußten die beträchtliche Arbeiterzahl stellen. Heute steht der Damm und er hat bereits 1959 seine Probe bei den großen Regenfällen bestanden. Ein Staubecken mit einer Wasserfläche von ca. 200km<sup>2</sup> liegt jetzt vor den Toren Pekings und es zählt mit zu den größten der Welt. Das Becken sorgt für die Wasserregulierung des Tschao und Fai, sorgt für die Be- und Entwässerung des umliegenden Landes und liefert Strom für Peking und Tientsin.

Der künstliche See in der Provinz Hope ist aber nur ein Teil eines ganzen Systems größerer und kleinerer Stauseen in ganz China. Somit kommt dem Ausbau dieses Systems in der industriellen und agrarischen Entwicklung des Landes dem "Großen Sprung" große Bedeutung zu. Der Arbeitseinsatz an den Dammbauten verschwindet jedoch gegen die unzähligen Melorationsarbeiten in China. Hier werden nicht weniger als 80 Millionen Bauern eingesetzt und schon heute klagen die Mächtigen in diesem Land, daß die Arbeitskräfte für ihre Projekte nicht ausreichen. Auch diese Bauern müssen zunächst mit einfachsten Geräten die Melorationsarbeiten ausführen. Nun, mit Masseneinsätzen hat schon das alte China großes vollbracht. Noch steht das gigantischste und nutzloseste Bauwerk aller Zeiten im Norden des Landes und hat die Jahrhunderte überdauert - die große Mauer.

Aber die Herrscher Chinas sind zielstrebigter als die alten Kaiser. Die Masseneinsätze von Arbeitskräften sind nur ein vorübergehendes Mittel, um der anlaufenden Industrialisierung den nötigen Anstoß zu geben. Letztes Ziel ist nicht nur die Technisierung der Fabriken, sondern auch die volle Technisierung der Landwirtschaft. Noch ist bis zur Erreichung des Zieles ein weiter Weg zurückzulegen. Wenn die letzten Planzahlen aussagen, daß im Jahre 1959 etwa 13,3 Millionen to Stahl erzeugt wurden, so mag das, gemessen an dem Stahlausstoß Amerikas oder Europas, wenig sein. Wenn man aber bedenkt, daß vor der Machtergreifung durch die Kommunisten in China nur etwa 0,5 Millionen to erzeugt wurden, so gewinnt diese Zahl schon eine andere Bedeutung. Nicht weniger als 4033 Hochöfen sind in dieser Zeit angeblasen worden und 95 neue Walzwerke verarbeiten den Abstich. Der Maschinenbau erzeugt 1959 bereits 70 000 spanabnehmende Maschinen, ein Zeichen, daß auch die Maschinenindustrie rapide Fortschritte macht. Es mag beim "Großen Sprung" manche Fehlplanung und Rückschläge geben, die Tatsache bleibt: China befindet sich in einer rapiden industriellen und agrarischen Entwicklung.

+ + +

300 A-Bomben genügen ...

sp - Fast unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit - warum eigentlich? - ist der erneute Alarmeruf des amerikanischen Nobelpreisträgers Dr. Linus Pauling gegen die Fortsetzung des Atomwetterüstens und der Atombombenversuche geblieben. Pauling erklärte, die Amerikaner hätten gegenwärtig 100 000 Atombomben, die Russen etwa 50 000. Der Wissenschaftler fügte hinzu, nur 300 Bomben genügten, um alle Länder zu zerstören. Weiter sagte Pauling, man müsse damit rechnen, daß als Folge der bisherigen Atomwaffenversuche über 150 000 Kinder kommender Generationen geistige und physische Schäden davontragen würden.

Diese wenigen Zahlen, von einem Wissenschaftler mit Weltruf genannt, zeigen den Irrsinn jeder Fortsetzung des Wetterüstens. Mit dem Geld, das für die Produktion von Atombomben ausgegeben wurde und noch weiter ausgegeben wird, könnten Hunger und Elend von Millionen und Abermillionen Menschen in den Entwicklungsländern erfolgreich bekämpft werden. Das Grausen muß den normal denkenden Menschen packen, wenn er die ganze Tragweite der Erklärung Paulings überdenkt.

Und doch: Die Tatsache, daß der amerikanische Wissenschaftler wenige Wochen vor der Ost-West-Gipfelkonferenz in Paris diese Zahlen nannte, läßt darauf schließen, wie sehr man in den Vereinigten Staaten daran interessiert zu sein scheint, dem atomaren Wetterüsten ein Ende zu setzen. Wer darüber frohlocken sollte, daß die Amerikaner doppelt so viel Atombomben haben wie die Russen und vielleicht aus diesem Grunde geneigt wäre, auch weiterhin militärische Stärke für das "beste Mittel der Politik" zu halten, sollte sich die von Pauling genannte Zahl 300 merken.

Es spielt nämlich heute überhaupt keine Rolle mehr, ob die eine oder die andere Seite "überlegen" ist. Wenn 300 Atombomben genügen, um alle Länder zu zerstören, ist die 301te Bombe auch nicht mehr entscheidend.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel